

Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Erstellung von Handlungsregelungen für Problemtiere, die einem Schutzstatus unterliegen.

Entsprechend europäischer Vorgaben genießen verschiedene Tiere und Pflanzen jeweils einen besonderen Schutzstatus, weil diese nur in geringer Zahl vorhanden, vom Aussterben bedroht sind oder sogar in Deutschland ganz verschwunden waren. In einigen Fällen erholen sich die Tiere und Pflanzen in ihrer Anzahl in einigen Regionen recht schnell und führen zu erheblichen Problemen in der Natur, in der Kulturlandschaft aber auch bei Kontakten mit Menschen.

Regelmäßig geht in diesen Fällen die Akzeptanz für diese Tiere und Pflanzen verloren, wenn Schäden bei Menschen, Tieren oder deren Eigentum entstehen.

Diese Situationen treffen bei Fischotter, Biber oder Wölfen regelmäßig und immer öfter ein.

Für Biber und Wölfe wurden Managementpläne erarbeitet, jedoch wurden die Forderungen von Tierhaltern oder Landnutzern klare Regelungen für Problemsituationen zu schaffen seit Jahren nicht umgesetzt.

Schäden durch Biber führen zu strikter Ablehnung naturschutzrechtlicher Regelungen, wenn die Hilferufe der Geschädigten nicht ernst genommen werden.

Wölfe haben sich in den letzten Jahren über das ganze Land Brandenburg ausgebreitet, durch den Schutzstatus hält sich dieses furchtlose Tier auch zunehmend in Ortschaften auf. Da enge Kontakte mit dem Menschen gewöhnlich sind, deckt er auch zunehmend seinen Nahrungsbedarf aus Nutztieren, die für das große Raubtier mit einem erheblichen Fleischbedarf, eine leichte Beute sind.

Bei Nutztieren ist ein erheblicher Schaden entstanden, notwendige Vergrämnungsmaßnahmen werden kaum angewendet.

Völlig ungenügend sind die Regelungen, die bisher ergriffen werden, wenn Wölfe sich in Ortschaften aufhalten und Menschen nähern. Dies geschieht immer öfter.

Zwischenzeitlich werden 23 Rudel in Brandenburg gezählt, 63 sollen es in Deutschland sein, hinzukommen Einzeltiere und Paare.

In Rathenow ist ein Wolf mehrfach im Ort fotografiert worden. Dieser Wolf soll als Problemwolf eingestuft worden sein und eine Entnahme vorbereitet werden.

Da es sich um ein schnelles, ausdauerndes Wildtier handelt, das über ausgeprägte Instinkte verfügt, ist dabei ein sachgemäßes Handeln erforderlich.

Dazu fehlen bisher die entsprechenden eindeutigen Handlungsvorgaben, insbesondere, wer Entscheidungen treffen darf und welche Mittel dazu eingesetzt werden.

Diese Regelungen werden von Verbänden und Tierhaltern schon seit mehreren Jahren gefordert.

Die Ankündigung, dass durch das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, dass eine Verordnung in Vorbereitung ist, ist ungenügend, da andererseits regelmäßig

auch auf Klärung der Rechtlichen Rahmenbedingungen hingewiesen wird. Dazu wurden bisher aber keine brauchbaren Aussagen getroffen bzw. Terminketten bekannt gegeben.

Im Plenum zum Wolfsmanagement am 14. Dezember 2016 wurde zur Klärung dieser Dinge auf das nächste Plenum im April 2017 verwiesen.

Durch den natürlich eingetretenen Winter werden Wölfe versuchen, immer öfter auf einfachem Weg Beute zu machen um sich zu ernähren.

Es ist zu erwarten, dass die Konflikte zunehmen, andererseits ist nicht klar wer mit welchen Mitteln wann handeln darf.

Bewusst muss allen sein, dass wilde Tiere sehr schnell kommen und auch sehr schnell verschwunden sein können.

Der Landtag stellt fest:

1. Umgehend ist ein Handlungsplan zu erstellen, in dem Problemtiere definiert werden und in dem geregelt wird welche Mittel und Instrumente zur Vergrämung oder zur Entnahme Verwendung finden dürfen.
2. Für diese Situationen sind landesweit mehrere kundige Personen auszubilden und zu schulen.
3. Es sind ausreichend finanzielle Mittel für Fanggeräte, Immobilisationsgewehre und Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen.
4. Die betroffenen Verbände sind zu beteiligen.

Begründung:

Der Erhalt seltener Tiere bedarf auch der Akzeptanz der Bevölkerung. Landwirte, Fischer oder Kleintierhalter sind nicht bereit, ihre Arbeitsergebnisse einzelnen geschützten Tieren zu opfern.

Die Akzeptanz ist in den letzten Jahren für streng geschützte Tiere stark gesunken, das kann nicht im Interesse des Erhalts der Artenvielfalt sein.

Vermisst wird bisher ein zügiges Handeln um wiederholte Zugriffe zu vermeiden, oftmals wurde sogar gefordert diese Übergriffe zu akzeptieren.

Betroffene werden immer ungehaltener, da sie sich im Stich gelassen fühlen, Fischer und Schäfer erklären, dass ihre Betriebe in der Existenz bedroht sind.

Müsste in einer Notsituation ein streng geschütztes Tier entnommen werden, würde das einen tagelangen Zeitvorlauf erfordern. Solange halten sich wilde Tiere nicht an den Problemstellen auf.

Seit mehreren Jahren fordern die Landwirtschaftsverbände dazu klare Handlungsrahmen, in der Situation der ständig steigenden Zahl der Problemfälle, wie in Rathenow, reichen Erklärungen nicht mehr aus, dass Verordnungen erarbeitet werden, diese sind unter Klärung der Rechtslage umgehend vorzulegen.

Es ist unverhältnismäßig, solange abzuwarten, bis die Beihilfen bzw., Entschädigungen für Schäden unvertretbare Ausmaße annehmen. Ein bestimmter Teil dieser Mittel sollte für Vergrämungen oder Entnahmemaßnahmen eingesetzt werden.